



Mitarbeiter der Abteilung EU-Koordination: Verena Vytiska, Claudia Schildegger, Antonio Martino, Ariane Holzek, Petra Lintner, Thomas Herko, Birgit Grassnigg, Anita Machorka, Leiterin Elisabeth Wenger und Maria Ziniel.

Koordination durch Kommunikation

Seit 1. Mai 2005 besteht im Bundesministerium für Inneres die Abteilung für EU-Koordination. Die Abteilung ist fit für die österreichische EU-Präsidentschaft.

Mit der Änderung der Geschäftseinteilung des BMI im Frühjahr übernahm die neue Abteilung I/7 am 1. Mai 2005 die Aufgaben des früheren Referats I/4/a und die Verantwortung für die organisatorische Betreuung der BMI-relevanten Bereiche im Rahmen der österreichischen EU-Präsidentschaft 2006.

„Der mit der Übernahme des EU-Vorsitzes verbundene zusätzliche Koordinationsbedarf war einer der Gründe für die Umwandlung des Referats I/4/a in eine eigene Koordinationsabteilung“, sagt Sektionschef Dr. Franz Einzinger, Leiter der Sektion I (Ressourcen). „Ziel ist es, die Kommunikationswege innerhalb des Hauses und nach außen möglichst kurz und transparent zu halten – eine funktionierende Organisation mit möglichst wenig Hierarchie-Ebenen, um Reibungs- und Informationsverluste zu vermeiden.“

Die Leitung der neuen Abteilung übernahm Mag. Elisabeth Wenger, die auf reiche Erfahrung im internationalen Bereich zurückgreifen kann. Sie begann

ihre Karriere im BMI in der internationalen Abteilung. Später wurde die Juristin in das Kabinett des Bundesministers berufen und übernahm in weiterer Folge die Leitung des Referats II/4/b (Internationaler Zivilschutz und Katastrophengelegenheiten).

Neuerungen in der EU-Koordination.

Mit der Einrichtung der Abteilung I/7 wurden einige Neuerungen eingeführt, um die Abteilung bestmöglich auf die kommenden Herausforderungen vorzubereiten. So verfügt das BMI mit dem neu gegründeten Exekutivsekretariat (ExSat) über eine zentrale Anlaufstelle für alle Fragen rund um die EU-Präsidentschaft. Hauptaufgabe dieser Organisationseinheit ist die Gesamtorganisation aller präsidentenrelevanten Belange; das ExSat unterstützt Bereichsleiter Dr. Wilhelm Sandrisser in seiner Funktion als Gesamtverantwortlicher des BMI für die Vorbereitung des österreichischen EU-Vorsitzes.

Weiters obliegt dem Exekutivsekretariat die Sammlung und Aufarbeitung sämtlicher präsidentenrelevanter

Informationen. Als Schnittstelle zu den Fachabteilungen im Haus und zu den anderen Ministerien sorgt das ExSat für einen reibungslosen Informationsaustausch, etwa durch die Organisation von Koordinierungssitzungen. Das ExSat ist ein schlagkräftiges Team, bestehend aus Mag. Felicitas Richter, Mag. Carina Jany und Sabine Seidl, die auch für ressortinterne Informationsveranstaltungen zum Thema EU-Präsidentschaft verantwortlich sind. Großes Interesse bestand etwa an der Veranstaltung am 4. Juli 2005, bei der Dr. Gregor Woschnagg, österreichischer Botschafter an der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU (StVÖ) vortrug.

Zur StVÖ besteht ein besonders enges Verhältnis – die *Abteilung für Inneres* in der StVÖ ist eine Außenstelle der Abteilung I/7 des BMI in Brüssel. Geleitet wird die Abteilung für Inneres von Dr. Gerhard Ziegler, der als Gesandter vom BMAA dem BMI zugeteilt ist. Für die Zeit der Präsidentschaft wird die vierköpfige BMI-Mannschaft ab September 2005 um vier zusätzliche Mitarbeiter verstärkt. „Bereits jetzt im



Mitarbeiter des Exekutivsekretariats: Sabine Seidl, Magdalena Lueger, Ernst Stöckl, Elisabeth Wenger, Bereichsleiter Wilhelm Sandrisser, Carina Jany und Felicitas Richter.

Vorfeld unserer EU-Präsidentschaft ist es wichtig, den Kontakt zu den EU-Institutionen enger zu knüpfen“, betont Wenger. „Wir verfügen in Brüssel über ein fachlich versiertes Team, das sowohl für einen optimalen Informationsfluss als auch für das notwendige Lobbying sorgt.“

Service und Informationsmanagement als Kernkompetenzen. Das Team der Abteilung I/7 sieht sich in erster Linie als Serviceleister. „Darin liegt unsere Stärke und daran hat sich auch durch die Neuorganisation nichts geändert“, sagt Mag. Maria Ziniel, stellvertretende Abteilungsleiterin.

Die EU-Koordination arbeitet eng mit den einzelnen Fachabteilungen zusammen. Ihre Aufgabe ist es, EU-relevante Themen ressortintern und interministeriell zu koordinieren. Dazu dienen in erster Linie die Vorbesprechungen, die von der EU-Abteilung vor jedem Treffen der europäischen Justiz- und Innenminister, sowie im Vorfeld des Artikel-36- Ausschusses und des SCIFA (Komitee für Asyl, Migration und Grenzmanagement) veranstaltet werden. Eine Herausforderung in der EU-Koordination ist die kompakte Aufbereitung fachlich oft komplexer The-

men für Entscheidungsträger und Laien.

Das Interesse an der EU innerhalb des Innenministeriums ist groß, insbesondere hinsichtlich der Entstehungsgeschichte und den Zusammenhängen der einzelnen Politikbereiche. Diese The-

EU-KOORDINATION

Aufgaben

- Ressortinterne und interministerielle Koordination sämtlicher Angelegenheiten der europäischen Integration im Bereich der inneren Sicherheit;
- inhaltliche und rechtliche Prüfung und Beurteilung von Projekten, Vorhaben und Rechtssetzungsakten in Kooperation mit den jeweils zuständigen Fachabteilungen;
- Bereitstellen von Information via EIS sowie in Form von Dossiers, Vorträgen und Schulungen;
- Erstellen von Weisungsvorschlägen für den Europäischen Rat, den ASTV (II) und die Ratsarbeitsgruppe Erweiterung;
- Wahrnehmung der Berichtspflicht an das Parlament gemäß Artikel 23e BV-G sowie an den Ministerrat.

men bilden die Schwerpunkte von Vorträgen und Schulungen, die von Mitarbeitern der Abteilung I/7 im Rahmen von CEPOL- und MEPA-Kursen und anderen Veranstaltungen der Sicherheitsakademie (SIK) so praxisrelevant wie möglich präsentiert werden.

EU-Informationssystem. Eine der Serviceleistungen der Abteilung ist das tagesaktuelle Bereitstellen von europarelevanten Informationen. Seit April 2001 stellt die EU-Koordination eine Datenbank im Programm Outlook als Service-Einrichtung das EU-Informationssystem (EIS) zur Verfügung. Das EIS bietet eine Fülle an Informationen aus verschiedenen Bereichen. Herzstück der Datenbank ist die Sammlung der Ratsdokumente, die als Grundlage für die tägliche Arbeit im EU-Bereich unverzichtbar ist.

Das EIS ist auch ein praktisches Archiv für alle der Abteilung I/7 übermittelten Berichte verschiedener EU-Ratsarbeitsgruppen; Berichte sowohl aus dem komplexen Bereich „Justiz und Inneres“ (betrifft auch das BMJ und das BMF) als auch in weiten Teilen des Außenministeriums und des Bundeskanzleramts. Betreut wird das EIS von Verena Vytiska und Bettina Gromer,

Foto: A. Tuma

die dafür sorgen, dass die Datenbank stets auf dem neuesten Stand ist.

Hilfe bei EU-Finanzierungsprogrammen. Die Kommission der EU bietet für Projekte der Mitgliedstaaten im Rahmen verschiedener Finanzierungsprogramme finanzielle Unterstützung. Die Regelung und Abwicklung dieser Programme ist in vielen Fällen kompliziert. Die Schwierigkeit liegt vor allem darin zu erkennen, welches der Programme für ein bestimmtes Vorhaben in Anspruch genommen werden kann.

Elisabeth Fraiss von der Abteilung I/7 unterstützt in diesem Fall interessierte Fachabteilungen bei der Antragserstellung und der Abwicklung von Finanzierungsersuchen an die EU-Kommission.

Weitere Ansprechpartner. Wer sich mit seinem Anliegen an die Abteilung I/7 wendet, wird in der Regel von Claudia Schildegger (Abteilungskanzlei) oder von Anita Machorka (Sekretariat) empfangen. Für Fragen über die polizeiliche Zusammenarbeit und die Terrorismusbekämpfung stehen Mag. Ariane Holezek und Dr. Antonio Martino zur Verfügung. Beide sind in Kooperation mit Brigadier Kurt Hager, österreichischer CATS-Vertreter aus der Abteilung I/4, für die Koordination und Betreuung des Artikel 36-Ausschusses (CATS) auf EU-Ebene verantwortlich.

Fragen zu Asyl, Migration und Grenzmanagement werden auf EU-Ebene im Rahmen des SCIFA (Strategischer Ausschuss für Asyl, Migration und Grenzen) behandelt. Österreichischer Vertreter im SCIFA ist Bereichsleiter Dr. Peter Widermann, der bei der Vorbereitung seiner regelmäßigen SCIFA-Terminen in Brüssel vom SCIFA-Team der EU-Koordination betreut wird. Das Team besteht aus Mag. Maria Ziniel (Migration und Visapolitik), Mag. Birgit Grassnigg (Asyl und EU-Verfassung) und Dr. Thomas Herko (Grenzmanagement, illegale Migration und Rückführung).

Daneben werden in der EU-Koordination Themen wie Schengen, Europäische Informationssysteme (SIS II, Eurodac und Visainformationssystem), Biometrie, Außenbeziehungen und EU-Erweiterung behandelt. Mag. Petra Lintner und Mag. Dieter Stelzer stehen hier als Ansprechpartner zur Verfügung.

„Teamarbeit wird bei uns groß geschrieben“, betont Elisabeth Wenger. „Das gilt sowohl innerhalb der Abteilung als auch im Verhältnis zu den anderen Fachabteilungen. Koordination durch Kommunikation, das ist unser Motto.“

„Ernstes Problem“

Island ist das am wenigsten korruptionsanfällige Land der Welt. Österreich nimmt im neuesten Korruptionswahrnehmungsindex von „Transparency International“ den zehnten Rang ein.

Korruption ist nach Beobachtungen der Organisation „Transparency International“ (TI) nach wie vor in fast jedem zweiten Land ein ernstes Problem. Am besten ist die Situation in Island und Finnland, am schlimmsten in Bangladesch und Tschad. Österreich hat sich vom vierzehnten auf den zehnten Rang vorgeschoben. Deutschland wurde von Hongkong überholt und rangiert auf Platz 16.

In der Spitzengruppe der 158 erfassten Länder mit der geringsten Korruption folgen hinter Island und Finnland Neuseeland auf Platz drei und Dänemark auf Platz vier. Die Schweiz liegt auf Platz sieben, Norwegen auf acht, Australien auf Platz neun. Die Niederlande rangieren auf Platz elf, gefolgt von Großbritannien und Luxemburg. Die USA liegen auf Platz 17, Frank-

um die Menschen von Armut zu befreien, forderte Eigen bei der Veröffentlichung des jüngsten Index am 18. Oktober 2005 in London. Zugespißt habe sich laut TI seit 2004 das Korruptionsproblem in Ländern wie Russland, Costa Rica, Gabun, Sri Lanka und Uruguay. Bemerkenswerte Verbesserungen habe es gegeben in Estland, Frankreich, Hongkong, Japan, Jordanien, Taiwan und in der Türkei. Reichtum sei nicht unbedingt eine Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfung von Korruption. Dies belegten Erfolge in Estland, Kolumbien oder Bulgarien in den vergangenen zehn Jahren sowie Verschlechterungen in Kanada oder Irland. Zudem müssten reiche Länder dafür sorgen, dass ihre Unternehmen sich nicht an Korruption in anderen Staaten beteiligten. Wer dies dennoch tue, müsse strafrechtlich verfolgt und von öffentlichen Angeboten ausgeschlossen werden, betonte Eigen.

Transparency International gehört zu den zehn größten Nicht-Regierungsorganisationen und ist in 90 Staaten vertreten. Bei der Jahreshauptversammlung der Organisation im November 2005 in Berlin wurde Huguette Labelle zur neuen internationalen Direktorin der Organisation gewählt. Die Kanadierin war bei Umwelt- und Entwicklungseinrichtungen tätig, ist Präsidentin der Universität Ottawa und sie unterstützte Transparency International von Beginn an. Labelle nannte als Schwerpunkte ihrer Arbeit eine Konzentration der Bemühungen auf den afrikanischen Kontinent, die verstärkte Präventionsarbeit und die Kontaktpflege mit akademischen Einrichtungen.

Ihr Vorgänger Peter Eigen, der nun den Beirat von TI leitet, würdigte Labelle als eine „hoch qualifizierte Kämpferin gegen die Korruption“, die beste Beziehungen zu vielen Regierungen und internationalen Organisationen habe. Akere T. Muna wurde als Vize-Vorstandsvorsitzender gewählt. Der Jurist ist Gründer und Vorsitzender von TI Kamerun.

In Österreich wird derzeit ein Chapter von Transparency International aufgebaut.

<http://www.transparency.org>



„Transparency International“-Gründer Peter Eigen und die internationale Direktorin von TI, Huguette Labelle.

reich auf Platz 18 und Belgien auf Platz 19. Die letzten Plätze belegen Turkmenistan, Bangladesch und der Tschad.

Seit 1995 veröffentlicht TI den „Corruption Perceptions Index“ (CPI). Für den jährlich publizierten Index werden Beobachtungen verschiedener Institutionen sowie von Geschäftsleuten und Analysten ausgewertet. Diese berichten, wie sehr sie das Ausmaß von Korruption unter Staats-Bediensteten und Politikern in den jeweiligen Ländern empfinden. Korruption wird dabei definiert als Missbrauch öffentlicher Ämter zur Erlangung privater Vorteile.

„Korruption ist eine bedeutende Ursache für Armut und zugleich ein Hindernis, um diese zu überwinden“, sagte Dr. Peter Eigen, Gründer und zwölf Jahre lang Präsident von TI. Korruption müsse nachdrücklich bekämpft werden,